Region Werra

Trinkwasser gefährdet

Der Kasseler Kali-Konzern K+S gefährdet mit der Verpressung von Salzlauge in den Untergrund offenbar das Trinkwasser der hessisch-thüringischen Werra-Region. Nach Prognosen, die zur weiteren Genehmigung der Abwasserentsorgung angefordert wurden, werde es in einigen Trinkwasserbrunnen selbst bei einem „sofortigen Stopp der Versenkung“ zu einem „weiteren Anstieg der Chlorid-Konzentration kommen“, heißt es in einer E-Mail des hessischen Umweltministeriums an das Regierungspräsidium Kassel. Zudem könne sich für viele Brunnen eine „deutliche Überschreitung“ des Grenzwertes von Chlorid im Trinkwasser ergeben – ein Umstand, den das Unternehmen bisher bestritten hatte. Die neuen Zahlen beziehen sich auf ein komplexes 3-D-Modell, bei dem die Auswirkungen der Versenkung simuliert werden. Das Regierungspräsidium bestätigt die Werte, verweist jedoch darauf, dass das Modell noch nicht endkalibriert sei. Blieben die Werte allerdings so, „wäre eine Versenkgenehmigung zu versagen“. Auch ein Umweltbüro hat in einem Behördengutachten berechnet, dass bei 28 von 49 Trinkwassergewinnungsanlagen der Grenzwert für Chlorid bis 2050 überschritten werde. K+S will sich unter Hinweis auf das laufende Verfahren nicht zu den neuen Prognosen äußern, man sei jedoch „unverändert von der vollen Genehmigungsfähigkeit“ der Laugenverpressung überzeugt. Derzeit darf der Konzern nur vorübergehend bis zum Jahresende geringe Mengen versenken. Bis dahin muss K+S die Behörden von der Unbedenklichkeit der Methode überzeugt haben, sonst droht ein Produktionsstopp. stw

Kali-Werk in Philippsthal

UWE ZUCCHI / DPA

Karrieren

Schulz auf dem Sprung nach Berlin?

Der Präsident des Europäischen Parlaments (EP), Martin Schulz, bereitet sich auf einen möglichen Wechsel nach Berlin vor. Sollte er im kommenden Jahr für den Bundestag kandidieren, wird ihm sein Landesverband Nordrhein-Westfalen den sicheren Listenplatz 1 zugestehen. Dies ist das Ergebnis interner Sondierungen. Voraussetzung für einen Wechsel in die Bundespolitik wäre jedoch, dass Schulz die EP-Präsidentschaft zum Jahresende abgeben muss. So war es ursprünglich mit den europäischen Christdemokraten (EVP) vereinbart worden. Mit der vehementen Unterstützung von EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker kämpft Schulz derzeit aber für eine Verlängerung seiner Amtszeit um weitere zwei Jahre. Mit einer Entscheidung wird im Oktober gerechnet. Sollte er in Brüssel scheitern, ist Schulz offenbar fest entschlossen, seine Karriere nach 22 Jahren als EU-Parlamentarier in Deutschland fortzusetzen. Und zwar unabhängig davon, ob er auch als SPD-Kanzlerkandidat infrage kommt, falls Sigmar Gabriel nicht antritt. Als Nummer eins der NRW-Liste, so die interne Vereinbarung, würde Schulz nicht dem Kontingent seines Regionalverbandes Mittelrhein zugerechnet werden. Eine ähnliche Regelung fand die Landes-SPD schon bei der Bundestagswahl 2009 für ihren damaligen Spitzenmann Franz Müntefering. mfk

Schulz

HENNING SCHACHT / BERLINPRESSPHOTO

Ceta

Vor Parteikonvent: Basis kontra Gabriel

Die SPD wird sich bei ihrem Kleinen Parteitag in Wolfsburg am 19. September allenfalls mit vielen Auflagen und Bedingungen für das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen Ceta aussprechen. Das zeichnet sich nach den Anträgen ab, die im Berliner Willy-Brandt-Haus eingegangen sind.

In der überwiegenden Mehrzahl der insgesamt 47 Anträge wird das Abkommen in der bestehenden Fassung abgelehnt, es werden zahlreiche Änderungen, Präzisierungen oder Ergänzungen angemahnt. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen etwa sieht trotz der vorgenommenen Veränderungen immer noch „viele Regelungen, die den Kriterien, die die Partei beschlossen hat, nicht entsprechen“. Der Sprecher der Parlamentarischen Linken Matthias Miersch sagt, „kein sozialdemokratisches Mitglied“ könne „diesem Abkommen in der vorliegenden Fassung zustimmen“. Die Jusos lehnen Ceta ab, und selbst der pragmatisch orientierte Bezirk Hessen Nord sieht die Vereinbarung als Hindernis einer angestrebten internationalen „kooperativen Problembewältigung“ und empfiehlt Ablehnung.

Vor allem für Parteichef Sigmar Gabriel geht es in Wolfsburg um viel. Er hat sich vehement für das Abkommen ausgesprochen und braucht von seiner Partei grünes Licht für das EU-Ministerratstreffen wenige Tage nach dem Konvent. Am Donnerstag versuchte Gabriel bei einem Treffen mit Gewerkschaftschefs, die Arbeitnehmer auf seinen Kurs einzuschwören. Insbesondere Ver.di und der DGB haben mit zahlreichen Nichtregierungsorganisationen zu landesweiten Anti-Ceta-TTIP-Demonstrationen am 17. September aufgerufen. böl, kn

Gabriel

STEFAN ZEITZ / IMAGO